



INFORMATIONEN FÜR DIE PRESSE

Frankfurt, 13. Oktober 2016

Schulentwicklung Frankfurt – KGS Niederrad

Bettina M. Wiesmann MdL: „Frankfurter Schulentwicklung muss Vielfalt und Begabungsgerechtigkeit wahren – Kooperative Gesamtschule in Niederrad trägt dem besser Rechnung als eine weitere IGS“

Zur jüngst aufgetauchten Frage, ob die im Sommer überraschend nicht eröffnete Kooperative Gesamtschule Niederrad im kommenden Jahr als Integrierte Gesamtschule eröffnet werden soll, erklärt die Landtagsabgeordnete Bettina M. Wiesmann, Mitglied des Schulausschusses des Landtags und Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion in der Enquête-Kommission „Kein Kind zurücklassen“:

„Die Frankfurter CDU hat nicht ohne Grund dafür gesorgt, dass die neue weiterführende Schule für Niederrad eine Kooperative Gesamtschule und nicht eine weitere IGS werden soll. Welche Gründe sprechen dafür?“

Kooperative Gesamtschulen vereinen alle Bildungsgänge unter einem Dach. Kinder werden dort ab Klasse 5 nach Bildungsgängen getrennt, mithin in Lerngruppen von begrenzter Heterogenität, unterrichtet; dieser Umstand erleichtert die begabungsgerechte Förderung jedes Kindes, wie schon die Leistungsvergleiche der Schulformen im Rahmen von PISA, aber auch zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen belegen. Deshalb sind auch längst nicht alle Eltern vom Angebot der Integrierten Gesamtschulen überzeugt.

Die räumliche Nähe der drei Schulzweige Gymnasium, Realschule und Hauptschule unter dem Dach einer KGS führt zudem dazu, dass Schulwahlentscheidungen im Übergang auf die weiterführende Schule leichter korrigiert werden können. Es ist eine v.a. aus Schülersicht leidvolle Erfahrung, dass rd. 30% der Fünftklässler an Frankfurter Gymnasien diese Schulform vorzeitig wieder verlassen, weil sie dort nicht reüssieren. Unbeschadet der Notwendigkeit, diese Fehlentscheidungen möglichst vor vornherein zu vermeiden (z.B. durch erstklassige Elterninformation und -beratung), fällt eine solche Korrektur an einer kooperativen Gesamtschule bedeutend leichter. Die KGS verbindet also die Vorzüge eines eigenständigen Gymnasialzweigs mit der Flexibilität der räumlichen und organisatorischen Nähe zu den beiden anderen Zweigen. Daher ist es sinnvoll, eine solche Schule im Süden Frankfurts zu eröffnen, zumal das Schulplatzangebot der geplanten KGS Niederrad nicht nur jeden Schüler aufzunehmen erlaubt, sondern mit drei Gymnasialklassen, zwei Realschulklassen und einer Hauptschulklasse dem tatsächlichen Bedarf an Schulplätzen je Schulzweig in etwa entspricht.



Es ist bedauerlich, dass es im vergangenen Jahr nicht gelungen ist, die Vorbereitungen für die neue KGS so weit voranzutreiben, dass der Schulstart Ende August erfolgen konnte und dem im Frühjahr erst genehmigten, aufwändigst erarbeiteten Frankfurter Schulentwicklungsplan in diesem Punkt zeitnah entsprochen werden konnte. Umfangreiche Erwägungen, welcher Bedarf in Frankfurt insgesamt und nach Stadtregionen absehbar ist, wurden angestellt und sind in den neuen Schulentwicklungsplan eingeflossen. Daran zu rütteln, stellt die gründliche und um die Berücksichtigung einer Vielzahl von Belangen bemühte Arbeit an dem Plan handstreichartig in Frage. Die immer wieder zu Recht angemahnte Verlässlichkeit der Frankfurter Schulentwicklung sieht anders aus; daran ändert auch die Inaussichtstellung eines neuen Schulentwicklungsplans schon für das kommende Jahr durch die Bildungsdezernentin nichts.

Es bleibt der Eindruck, dass, wann immer es schwierig wird, der Ruf nach der IGS ertönt, die angeblich allen Bedürfnissen gerecht wird, weil sie grundsätzlich jedes Kind beschulen kann. Frankfurt ist gut beraten, diesen Sirenenklängen nicht nachzugeben. Eine vielfältige Schullandschaft ist die wichtigste Voraussetzung für kluge Schulwahlentscheidungen nach den Bedürfnissen und Begabungen jedes Kindes und für eine ausreichende Atmungsfähigkeit des Systems. Dafür ist die vorgesehene KGS Niederrad ein wichtiger Baustein, an dessen Errichtung alle Beteiligten festhalten und mit Hochdruck arbeiten sollten.

Dazu gehört auch eine pragmatische Grundhaltung, was den Standort und die Schulgebäude angeht. In der Bürostadt Niederrad mit aktuell gewaltigen Leerstandsproblemen und zumal vor der Umwandlung in ein Wohn- und Büroquartier mit bis zu 10.000 neuen Einwohnern, sollte es möglich sein, eine aus jeder möglichen Sicht dringend benötigte zusätzliche Schule zu errichten und damit den Verpflichtungen des Schulträgers in einer wachsenden Stadt nachzukommen.“